

Fachverband kritisiert Finanzierungspläne für "Gute-Kita-Gesetz"

Bremen (epd). Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder hat die Finanzierungspläne der Bundesregierung für das "Gute-Kita-Gesetz" als unzureichend kritisiert. Zusätzliche Finanzmittel seien nicht über den Zeitraum der laufenden Legislaturperiode hinaus verbindlich zugesagt, schreibt Bundesvorsitzender Carsten Schlepper in einem Beitrag für den Bremer "Weser-Kurier" (Freitag). Damit liege die zukünftige Belastung für eine verbesserte Ausstattung in der Kindertagesbetreuung ab 2022 wieder allein bei den Ländern.

"Vor diesem Hintergrund wird kein Land in den kommenden drei Jahren zugunsten der Qualität den Aufwand erhöhen, selbst wenn in diesem Zeitraum der Bund dafür zahlt", warnt Schlepper. Wie so oft bleibe es in der frühkindlichen Bildung bei politischen Willensbekundungen, denen kein konsequenter Handlungsplan folge. "Die notwendige Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung braucht eine verbindliche und nachhaltige Finanzierung durch den Bund für die Länder. Die Zukunft endet nämlich nicht mit der eigenen Regierungszeit."

Das sogenannte Gute-Kita-Gesetz aus dem Haus von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) soll unter anderem dazu beitragen, dass Eltern weniger Gebühren zahlen müssen, die Betreuungsschlüssel verbessert und Erzieher besser qualifiziert werden. Es soll auch dazu beitragen, dass Kitas zum Beispiel mehr Sprachförderung anbieten können. Bis 2021 will die Bundesregierung den Ländern dafür 3,5 Milliarden Euro bereitstellen.

Die Bundesvereinigung ist der Fachverband der Diakonie für frühe Bildung. Er vertritt die Interessen von bundesweit 9.200 Einrichtungen mit mehr als 100.000 Fachkräften und 560.000 Kita-Plätzen. Schlepper leitet auch den Bremer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder.